

Von: "Rene Boldt" <reneboldt@ [REDACTED]>
An: "Dr. Gerd Kleilein" < [REDACTED]>
Gesendet: Sonntag, 10. Februar 2008 14:23
Einfügen: Mobilfunk.doc
Betreff: RE: Umfrage der BI Mobilfunk in Coburg

Sehr geehrter Herr Dr. Kleilein,
vielen Dank, dass Sie mir die Fragen erneut haben
zukommen lassen. In der Anlage darf ich Ihnen die
Antworten als word.doc übersenden.
Viele Grüße
Ihr René Boldt

Mobilfunk-Fragebogen:

1) Was haben Sie und Ihre Partei bisher für die Umsetzung von Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk getan?

Da unsere Wählergruppe erst am 30.06.2007 gegründet wurde, konnten wir bisher in den Handlungsgremien keinen Einfluss auf die Gesundheitsvorsorge nehmen. Zudem werden wir ausschließlich bei kommunalen Wahlen wie der Stadtratswahl antreten, so dass dementsprechend die Einflussmöglichkeiten auf überörtliche Parteistrukturen zuzugreifen, nicht vorhanden sind. Gleichwohl haben wir mitgliederintern uns bei der Erstellung unseres Grundsatzprogramms sowie des Wahlprogramms bereits in Arbeitsgruppen mit dem Thema beschäftigt und dieses auch in das Wahlprogramm aufgenommen.

2) Wie schätzen Sie die Möglichkeiten einer Kommune ein, beim Mobilfunkausbau im Sinne des Gesundheitsschutzes regulierend einzugreifen?

Die Kommunen befinden sich in Sachen Mobilfunk in einem besonderen Spannungsfeld zwischen Ihrer Verpflichtung, zu einem funktionierenden Mobilfunknetz beizutragen und dem Gesundheitsschutz sowie der Wahrung des Stadtbildes. Die Gesetzgebung sowie die bisherige Rechtsprechung tragen ebenfalls dazu bei, dass der Handlungsspielraum mittlerweile gerade in Bezug auf Kleinstanlagen gering ist. Die Kommunen können jedoch durch die In-Auftraggabe eigener, von den Netzbetreibern unabhängiger Standortanalysen Standorte für Mobilfunkanlagen mit möglichst geringer Strahlenbelastung für umliegende Siedlungsgebiete ermitteln lassen und dann – dem Mobilfunkpakt II folgend – zusammen mit den Betreibergesellschaften bürgernahe und vor allem verträgliche Lösungen finden.

3) Was würden Sie an der bisherigen Mobilfunksituation in Coburg am Liebsten geändert haben?

Die Mobilfunkanlagen sollten insgesamt durch die unabhängige Standortanalyse auf den Prüfstand gestellt werden. Viele Bauvorhaben in allgemeinen Wohngebieten erhöhen leider unnötig das Risiko für die Bevölkerung. Mobilfunk in Wohngebieten lehnen wir ab. Unter gewissen Voraussetzungen könnten bestimmte Bereiche von Misch- und Dorfgebieten von Mobilfunksendern freigehalten werden. Dies kann jedoch nur erreicht werden, wenn die Kommunen mit den Eigentümern in eine zielführende Diskussion eintreten. Bei der Veräußerung von städtischen Grundstücken könnte man zudem Vereinbarungen betreffend die weitere Nutzung in Bezug auf Mobilfunkanlagen treffen.

4) Wie stellen Sie sich eine Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative Mobilfunk in Coburg vor?

Die JUnge COburger stehen jederzeit für einen intensiven und vor allem kontinuierlichen Dialog mit der Bürgerinitiative zur Verfügung. Wir möchten nicht nur vor dem Wahlen, sondern zu jedem Zeitpunkt als Ansprechpartner dienen.

5) In welcher Weise wird das Thema Mobilfunk in Ihrem Wahlprogramm behandelt?

In Wahlprogramm der JUnge COburger (JC) „Sozial, gerecht, bürgernah – Coburg 2020“, welches im Internet unter www.jungecoburger.de eingesehen werden kann, haben wir uns eindeutig festgelegt: „Wir wollen keine Mobilfunkmasten in reinen Wohngebieten sowie in der Nähe von Kindergärten, Schulen und Altenheimen: Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst!“